

Rechtsextremismus bekämpfen – Demokratische Kultur stärken

Fraktionsbeschluss

Rostock, 31. August 2006

I. Einleitung

Menschenwürde, körperliche Unversehrtheit und das Recht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit sind als elementare Grundrechte Fundament unserer Gesellschaftsordnung. Diese Grundrechte sind aber nicht überall in Deutschland gleichermaßen gewährleistet. Das „Bündnis für Demokratie und Toleranz“ ehrte am Tag des Grundgesetzes 2006 zwei Männer aus Halberstadt, die während eines rassistischen Angriffs einem Flüchtling aus Liberia das Leben retteten. Aufgeputscht vom Konzert einer Neonaziband hatten mehrere Rechtsextremisten den 36-jährigen Mann erst gejagt und dann brutal zusammengeschlagen. Auch die mutigen Passanten erlitten Verletzungen, konnten jedoch Hilfe mobilisieren. Das Bündnis zeichnete sie als „Botschafter der Toleranz“ aus. Nicht nur einzelne Menschen stellen sich erfolgreich dem Rechtsextremismus entgegen. Auch starke Bündnisse konnten sich formieren. Sie stärken vor Ort die demokratische Kultur und treten rechter Gewalt entgegen. Fürstenwalde ist einer der Orte in Ostdeutschland, in denen dies vorbildhaft gelungen ist. Dort gibt es bereits seit Ende der 90er Jahre eine Plattform gegen Rechtsextremismus und für Toleranz. Dieses Bürgerbündnis ist in der Kommune so solide verankert, dass PolitikerInnen aus der Region immer wieder um Rat fragen, wenn es um Strategien im Umgang mit der im Kreistag vertretenen NPD geht. Im Bündnis haben sich Menschen aus Parteien, Vereinen, Kirchen und Initiativen zusammengeschlossen und bereits rund 100 Veranstaltungen zur Sensibilisierung der Öffentlichkeit organisiert. Solch ermutigenden Beispielen stehen aber auch beunruhigende Entwicklungen gegenüber.

Vor allem in den ost-, aber auch in manchen westdeutschen Bundesländern gibt es Gebiete, in denen neonazistische Organisationen versuchen, eine ideologisch-kulturelle Hegemonie zu gewinnen. Ziel ist es, systematisch Druck auszuüben, damit die Mehrheit zu rechtsextremen Übergriffen schweigt und die lokalen Behörden untätig bleiben – was in manchen Regionen mit hoher politischer Aktivität rechtsextremistischer Gruppierungen und Parteien auch gelingt. Opfer werden ausgegrenzt. Wer sich offen gegen Rechtsextremismus engagiert, wird in die Defensive gedrängt und häufig sogar stigmatisiert. Der Einfluss von Rechtsextremen ist in diesen Regionen auch in den Schulen und im Freizeitbereich so groß, dass er Jugendlichen, die demokratisch gesinnt sind, kaum Raum lässt, sich zu äußern, und keinen Ort lässt, um sich zu treffen.

Auch der aktuelle Verfassungsschutzbericht belegt das Problem eines sich verfestigenden und wachsenden Rechtsextremismus in Deutschland. Dabei spiegeln die Zahlen des Berichts nur einen Teil der Problemlage wider. Rechtsextreme, fremdenfeindliche und antisemitische Tendenzen werden selbst in der Mitte der Gesellschaft zunehmend gesellschaftsfähig und von Teilen der Bevölkerung gar nicht mehr als gefährlich wahrgenommen. Dazu tragen zunehmend auch rechte Intellektuelle und Medien wie die „Junge Freiheit“ bei, die gezielt versuchen, die Grenze zwischen rechtskonservativen Positionen und rechtsextremer Ideologie zu verwischen. Die statistisch dokumentierte Zunahme von Gewalttaten verdeutlicht die erschreckende Dimension eines lang verdrängten Prozesses. Das Ausmaß der Gewalt gegen Menschen mit anderer Hautfarbe, Herkunft, sexueller Orientierung, Religion oder Behinderung ist merklich gestiegen. Der Verfassungsschutzbericht weist für 2005 eine Anzahl von 10.400 gewaltbereiten Rechtsextremisten aus, vier Prozent mehr als im Vorjahr. Die Zahl der Straftaten mit rechtsextremem Hintergrund erreichte in diesem Zeitraum mit 15.914 registrierten Delikten einen neuen Höchststand und eine Steigerung um 27,5 Prozent. Dabei nahm die Zahl der Gewalttaten um 23,5 Prozent zu.

Laut repräsentativen Bevölkerungsbefragungen sind 60 Prozent der Deutschen der Ansicht, in Deutschland würden zu viele Ausländer leben; 70 Prozent aller Befragten bescheinigten Muslimen die Zugehörig-

keit zu einer Kultur, die nicht in die westliche Welt passe (Studie von Wilhelm Heitmeyer zu gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit). Die hohe Zustimmung bei negativen Einstellungen zu Fremden korrespondiert mit Forderungen nach besonderen Vorrechten für Deutschstämmige. Dabei stellte das Statistische Bundesamt jüngst im Mikrozensus 2005 fest, dass in Deutschland rund ein Fünftel der Bevölkerung (15,3 Millionen Menschen) einen Migrationshintergrund aufweist. Deutschland ist längst ein Einwanderungsland. Gleichwohl stimmen insgesamt 53 Prozent der Ost- und 38 Prozent der Westdeutschen fremdenfeindlichen Aussagen zu. PolitikerInnen demokratischer Parteien, die mit rechtsextremer Terminologie spielen, um neue Wählerschichten anzusprechen, schüren solche Stimmungen und bestärken Rechtsextreme. Beispiele dafür sind eine Kampagne wie „Kinder statt Inder“, die Verwendung des Begriffs „Fremdarbeiter“ oder eine Einteilung von MigrantInnen in „erwünschte“ und „unerwünschte“. Wer eine Kultur der Anerkennung und des Respekts will, muss das auch in der Wortwahl zeigen.

Rechtsextreme haben seit Bestehen der Bundesrepublik immer wieder in verschiedenen Bundesländern Wahlerfolge erzielt. In elf von sechzehn Landesparlamenten gab es bereits ein- oder mehrmals rechtsextreme Parteien. Dies zeigt, dass Rechtsextremismus nicht nur als ostdeutsches Phänomen definiert werden darf, sondern in ganz Deutschland ernst genommen werden muss. Gerade rechtsextreme Führungspersonen stammen häufig aus einem westdeutschen, bürgerlichen und teils sogar wohlhabenden Umfeld. Allerdings tritt das Problem in Ostdeutschland massiver auf. Diese besondere Ausprägung ist nicht ausschließlich aus dem Erbe der DDR heraus erklärbar. Die hohe Arbeitslosigkeit, der industrielle Niedergang, die Abwanderung höher Qualifizierter in den Westen und ein Gefühl der Minderwertigkeit, vor allem bei jungen männlichen Bildungsverlierern, sind hierfür ebenso bestimmend.

Rechtsextremistisches Denken und Handeln breiten sich besonders stark dort aus, wo überdurchschnittlich viele Menschen von Arbeitslosigkeit und sozialer Not betroffen sind, ohne dass sie für sich persönlich einen Ausweg sehen. Arbeitslosigkeit kann zwar weder Begründung noch Entschuldigung für Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit sein. Arbeit ist in unserer Gesellschaft aber eine wichtige Voraussetzung für Teilhabe und sozialen Zusammenhalt.

Rechtsextremismus ist kein spezifisch deutsches Problem. Ob im Landtag von Sachsen, dem Folketing in Kopenhagen, den Parlamenten in Rom oder Amsterdam: Immer häufiger sitzen Rechtsextreme und Rechtspopulisten in den Parlamenten Europas. In jüngster Zeit wurden in der Slowakei, Polen und Österreich sogar rechtsextreme Parteien an der Regierung beteiligt. Auch rassistisch, homophob oder antisemitisch motivierte Gewalttaten stellen in vielen europäischen Ländern ein großes Problem dar.

Die gesellschaftliche Kultur in Deutschland musste sich auf besondere Weise in der Auseinandersetzung mit der Zeit der Naziherrschaft und dem Holocaust entwickeln. Diese Auseinandersetzung mit den NS-Verbrechen hat das deutsche Selbstverständnis entscheidend geprägt. Aus der deutschen Geschichte erwächst die besondere Verpflichtung, rechtsextremistischen und antisemitischen Entwicklungen nie wieder Raum zu geben. In diesem Land sollen alle Menschen sich frei und ohne Angst entfalten können.

II. Gemeinsam gegen Rechts: Was zu tun ist

1. Prävention

- Die Stärkung unserer demokratischen politischen Kultur ist die beste Prävention gegen Rechtsextremismus. Dabei kommt den zivilgesellschaftlichen Institutionen, insbesondere den Bildungseinrichtungen, eine wesentliche Rolle zu. Die Erziehung zu Demokratie und Toleranz, Sensibilisierung gegenüber Rassismus und Antisemitismus sowie eine Kultur der Integration müssen so früh wie möglich beginnen. Dazu ist die individuelle Stärkung der emotionalen und sozialen Kompetenzen aller Menschen erforderlich. Dies muss bereits in den Familien, aber auch in den Institutionen wie Kindertagesbetreuungseinrichtungen, Schulen, Ausbildungsstätten und bei der Jugendarbeit wie in der Erwachsenenbildung geschehen. Dazu müssen Menschenrechte und demokratische Beteiligung selbstverständlicher Bestandteil von Bildungspolitik und Schulentwicklung werden. Auch die Erwachsenenbildung darf hier nicht vernachlässigt werden.
- PolitikerInnen und MandatsträgerInnen müssen darin unterstützt werden, neonazistischer Propaganda offensiv entgegen zu treten. Beispielhaft hat die Rechtsextremismus-Kommission der Partei Bündnis 90/DIE GRÜNEN Programme entwickelt, um DirektkandidatInnen erfolgreich fit zu machen für die Auseinandersetzung mit rechtsextremistischen Agitatoren.
- Auch die Medien sind aufgefordert, sich offensiv mit rechtsextremen Erklärungsmustern und Propaganda auseinander zu setzen und hier Aufklärungsarbeit zu leisten – indem sie beispielsweise über MigrantInnen berichten, die hier Arbeitsplätze geschaffen haben. Mit Hintergrundanalysen und differenzierter Berichterstattung statt Typisierungen, Schlagworten und Pauschalurteilen können die Medien dazu beitragen, Rassismus und Diskriminierung entgegen zu wirken. Dazu gehört auch, in Berichten über Verbrechen nur dann die nationale oder kulturelle Herkunft der Täterinnen und Täter zu nennen, wenn diese im unmittelbaren und offenkundigen Zusammenhang mit der Tat oder den Tatmotiven steht.
- Wir müssen die Debatte über eine nationale und europäische Identität offensiv führen. Eine solche Debatte über unseren Gesellschaftsentwurf muss sowohl unsere historische Verantwortung einbeziehen als auch die demokratischen, republikanischen und weltoffenen Traditionen dieses Landes. Hier kann ein Deutschlandbild entworfen werden, wie es auch während der Fußball-WM deutlich wurde: Die Welt war zu Gast bei Freunden und viele Deutsche erkannten, dass sie selbst viel internationaler und multikultureller sind, als sie von sich und andere über sie annahmen. Eine solche Debatte rückt auch Grundwerte wie Menschenwürde und das Recht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit, die Fundament unseres Zusammenlebens sind, wieder ins Zentrum.

2. Gesamtkonzepte für Kommunen entwickeln

- Wir brauchen lokale Bündnisse, um dem Rechtsextremismus demokratische Strukturen vor Ort entgegen zu setzen. Die Zusammenarbeit sollte nicht nur Initiativen einschließen, sondern Parlamente, Verwaltungen, Polizei, Schulen, kulturelle Einrichtungen bzw. Kulturträger, Beratungsteams, Opferberatungsstellen, Kirchen, Jugendringe, Bürgervereinigungen, Wirtschaft und Wissenschaft integrieren. Dies ist zugleich die beste Standortpflege, denn Fremdenhass gefährdet auch die regionale wirtschaftliche Entwicklung.
- Viele Jugendliche geraten über kulturelle Angebote rechtsextremer Akteure in die Neonazi-Szene. Kommunen müssen Orte schaffen und schützen, die ein gemeinschaftliches Engagement junger Menschen ermöglichen; dabei können gerade kulturelle Projekte und kulturelle Jugendarbeit eine entscheidende Rolle in der Bekämpfung und Verhinderung von Rechtsextremismus spielen. Bricht die Förderung von Jugendarbeit vor Ort ein, stoßen rechtsextreme Organisationen nur allzu gerne in das entstehende Vakuum. Ausreichende Finanzierung von Jugendarbeit durch Länder und Kommunen ist daher auch in Zeiten knapper Kassen eine notwendige Investition in die Zukunft.

3. Sozialer Exklusion entgegenwirken

- Die wichtigste Voraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe ist eine gute Bildung. Nur wenn alle gerechte Zugangschancen zu Bildung haben, hat jede und jeder auch die Möglichkeit, sich

persönlich zu entwickeln. Eine eigenständige Persönlichkeit ist fähig, an gesellschaftlichen und politischen Prozessen teilzunehmen und sie mit zu gestalten. Außerdem ist gute Bildung die Grundlage für einen erfolgreichen Einstieg in das Erwerbsleben und wirkt somit der wirtschaftlichen und sozialen Exklusion entgegen.

- Erwerbstätigkeit ist ein weiteres wichtiges Mittel zur gesellschaftlichen Teilhabe für den Einzelnen. Sie trägt dazu bei, soziale Bezüge herzustellen, und bildet ein wichtiges Fundament für eine offene und gleichberechtigte Bürgergesellschaft. Regionale Arbeitsmarktpolitik, die mit dem Wissen um spezifische regionale Problemlagen operieren kann, ist daher eine wesentliche Komponente im Kampf gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit.

4. Finanzierung der Freien Träger sichern

- Regionale Netzwerke von Initiativen - lokale Bündnisse - klären auf, in Veranstaltungen, Schulen und öffentlichen Verwaltungen, und helfen Opfern rechtsextremer Gewalt, z.B. juristische Schritte einzuleiten. Diese zivilgesellschaftlichen Aktivitäten bilden eine Grundsäule unseres demokratischen Gemeinwesens. Sie brauchen Unterstützung und Förderung. Deshalb müssen die Bundesprogramme in ihrem bewährten inhaltlichen Profil und mit einer besseren Mittelausstattung weitergeführt werden. Opferberatungsstellen und Netzwerkstellen sind durch Mittelkürzungen in ihrer Existenz unmittelbar bedroht. Ihre Förderung ist in den Plänen der Bundesregierung ab 2007 nicht vorgesehen. Angesichts der gewachsenen Zahl rechtsextremer Straftaten ist es nicht hinzunehmen, dass auf die Erfahrungen dieser ExpertInnen verzichtet wird. Auch Projekte, die sich in keine Kategorie von Strukturprojekten einordnen lassen, aber einen dauerhaften Ansatz verfolgen (wie beispielsweise EXIT oder Schule ohne Rassismus) droht durch die Große Koalition das Ende. Der Bund ist in der Pflicht, für diese wertvollen Initiativen Planungssicherheit zu schaffen.
- Das allein reicht aber nicht: Die Finanzierung der Arbeit gegen Rechts muss auf mehrere Säulen gestellt werden: nötig ist ein Bundesprogramm für aktuelle modellhafte und lokale Projekte, eine institutionelle Förderung für Strukturprojekte (etwa innerhalb einer bestehenden Stiftung) sowie Fördertöpfe auf Landes- bzw. Kommunalebene.
- Es ist richtig, das Fördersystem so umzustellen, dass auch die Kommunen zu Antragstellern werden können, denn auf diese Weise sind sie dazu genötigt, Gesamtkonzepte im Kampf gegen Rechtsextremismus zu entwickeln. Das darf aber nicht dazu führen, dass freie Träger keine Förderanträge mehr stellen können. In diesem Fall bestünde die Gefahr, dass nur noch "politisch genehme" Träger durch die Kommunen eingebunden werden und dass in Kommunen, in denen keine Sensibilisierung für Probleme besteht, die Arbeit gegen Rechtsextremismus zum Erliegen kommt. Wollen wir den Kampf gegen Rechtsextremismus Erfolg versprechend führen, müssen sich Kommunen und freie Träger auf Augenhöhe begegnen können. Ein Antragsrecht auf Fördermittel für beide Akteure ist deshalb unerlässlich.

5. Evaluierung und Institutionalisierung

- Es ist notwendig, Rechtsextremismus in seinen einzelnen Erscheinungsformen differenziert zu untersuchen, beispielsweise hinsichtlich der Unterschiede in städtischen und ländlichen Räumen, Ost und West, einzelnen sozialen Schichten sowie bezüglich der Alters- und Geschlechtszugehörigkeit, um daraus spezifische Lösungsansätze zu entwickeln.
- Die Arbeit gegen Rechtsextremismus muss institutionell abgesichert werden, indem eine Bundesstelle eingerichtet wird, die Qualitätsstandards für die zivilgesellschaftliche Arbeit gegen rechtsextremistische, intolerante, fremdenfeindliche und antisemitische Tendenzen in der Bevölkerung entwickelt und etabliert sowie einzelne Ansätze in Politik und Gesellschaft bündelt und vernetzt. Das Parlament sollte regelmäßig über Fortschritte bei der Bekämpfung des Rechtsextremismus und Ergebnisse der Programmevaluation informiert werden.

6. Rechtsstaatlich konsequent gegen Rechtsextremismus

- Straftaten mit rechtsextremistischer Motivation müssen sensibler wahrgenommen und im Rahmen des bestehenden Strafrechts stärker als bisher geahndet werden. Die von der Innenministerkonferenz 2001 beschlossenen und mittlerweile mehrfach überarbeiteten Kriterien zur

Erfassung politisch motivierter Kriminalität müssen ebenso wie die entsprechenden Evaluierungsberichte der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden.

- Lücken bei der Gesetzesanwendung auf lokaler Ebene müssen geschlossen werden. Dazu müssen die Exekutiven sensibilisiert und fortgebildet werden, damit sie Gesetze konsequent durchsetzen und Bündnisse mit initiieren, wie es in Eberswalde und anderswo geschehen ist.
- Rechtsextreme Parteien und Gruppierungen erlangen einen immer höheren Organisations- und Vernetzungsgrad. Sie bilden die organisatorische Plattform für einen Großteil rechtsextremer Aktivitäten. Eine zentrale Rolle spielt dabei die Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD). Deshalb ist der NPD durch konsequentes polizeiliches und staatsanwaltliches Vorgehen aktiv entgegenzuwirken. Dies muss mit einer intensivierten Beobachtung der NPD und der rechtsextremen Szene einhergehen. Dies setzt voraus, dass die Verfassungsschutzämter der Länder und das Bundesamt für Verfassungsschutz ihren Informationsaustausch verbessern. Eine Debatte um ein Verbot, für das man nicht die Voraussetzungen geschaffen hat, ist allerdings kontraproduktiv, da es der NPD Aufmerksamkeit verschafft und in der Sache nichts bringt.

III. Fazit

So wichtig es auch ist, die unmittelbar sichtbaren, gefährlichen Symptome rechtsextremistischer Einstellungen zu bekämpfen; entscheidend wird es sein, dass wir alle im täglichen Leben Zivilcourage zeigen und unsere demokratischen Grundwerte offensiv vertreten. Daraus können wirksame präventive Konzepte gegen Rechtsextremismus, Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit entstehen.